

Grußwort von Marion Deiß

**anlässlich der Veranstaltung „Ich für uns, Kinder- und Jugendengagement“
am Dienstag, 7.10.2014 in Heidenheim, Congresscentrum**

Rededauer: 10-15 Minuten

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ilg,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute beim Fachtag „Ich für uns, Kinder- und Jugendengagement“ bei Ihnen zu sein. Ich danke den Organisatoren aus Stadtverwaltung bzw. der Koordinierungsstelle „Ich für uns“ - Frau Dorothee Perrine und Frau Nadja Oberschmid für die tolle Vorbereitung.

Das heutige Thema passt genau zu unserem aktuellen Vorhaben der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“. Nur wenn es uns weiterhin gelingt, junge Menschen anzusprechen und Konzepte dafür zu haben, machen wir unsere Engagementlandschaft „zukunftsfest“. Junge Menschen sind durchaus bereit, sich zu beteiligen und zu engagieren. Dafür gibt es zahlreiche Belege: Die Aktion Mitmachen Ehrensache: Mehr als 10.000 Schülerinnen und Schüler haben im vergangenen Jahr beim Aktionstag bei über 6.000 Arbeitgebern für gute Zwecke gejobbt. Die 72 Stunden Aktion des BDKJ: An Deutschlands größter Sozialaktion beteiligten sich im vergangenen Jahr mehr als 175.000 Jugendliche und Unterstützer. Das große Interesse an dem Programm der Jugendstiftung und des Landesjugendrings „Jugend bewegt Baden-Württemberg“.

Das sind nur wenige von vielen positiven Beispielen. Aber wir können nicht ignorieren, dass nach der Jugendstudie in den Jahren 2010 bis 2013 die Zahl engagierter Jugendliche in Baden-Württemberg von 40 auf 32 Prozent gesunken ist. Damit rutschte Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich von der überdurchschnittlichen Position unter den bundesweiten Durchschnitt, der aktuell bei 36 Prozent liegt. Das Engagement Jugendlicher ist genauso gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen wie die Gesellschaft selbst. G 8 oder die Einführung der Ganztageschulen. Oder sei es auch, dass viele junge Menschen bereit sind, sich zu engagieren, aber nicht wissen, wo.

Die „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ nimmt sich diesen Fragen an und hat ganz konkrete Empfehlungen ausgesprochen. Mit der Engagementstrategie wollen wir auf die gesellschaftlichen Veränderungen und die aktuellen Entwicklungen z. B. auch auf den drastischen Rückgang in ländlichen Räumen, reagieren. Dazu gehört insbesondere, wenn es um das Engagement Jugendlicher geht, dass die Vielfalt jugendlicher Ausdrucksformen berücksichtigt wird, jedes Engagement von Jugendlichen ein Dach über dem Kopf braucht und Jugendliche beteiligt werden wollen. Jugendbeteiligungsprozesse, z.B. Jugendforen dienen häufig als Ausgangspunkt für Engagement und müssen deshalb gestärkt und ausgebaut werden und wir müssen auch bedenken, dass Jugendliche anders kommunizieren. Deshalb sollen verstärkt interaktive Medien eingesetzt werden.

Die Engagementstrategie wurde in einem echten Beteiligungsprozess mit mehr als 100 Experten, vor allem aber mit Engagierten und Betroffenen entwickelt. Eine sinnvolle Engagementpolitik kann niemals über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg gestaltet werden. Bürgerinnen und

Bürger lassen sich ein bestimmtes Engagement nicht verordnen. Deshalb muss gute Engagementpolitik immer auf Augenhöhe gemeinsam mit Betroffenen und Engagierten erfolgen.

Ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg in eine inklusive, intergenerative und integrative Gesellschaft ist erreicht. Wir haben ein Bündel von praxistauglichen Maßnahmen, die wir umsetzen können. Beispielsweise haben sich im Forschungs- und Entwicklungsteam (FET) „Jugend und Freiwilligendienste“ 15 Expertinnen und Experten von Verbänden, Jugendorganisationen, Initiativen, Landesministerien und Engagierten intensiv mit dem Engagement von Jugendlichen beschäftigt. Dabei wurden Empfehlungen in den Bereichen Schule und außerschulische Jugendbildung in neuer Rolle, Jugend in ländlichen Räumen, Freiwilligendienste, Öffentlichkeitsarbeit / Anreize und Würdigung sowie den allgemeinen Rahmenbedingungen des Engagements Jugendlicher erarbeitet. Zahlreiche Empfehlungen gibt es zu den Jugendfreiwilligendiensten, bei einem weiteren Teil der erarbeiteten Empfehlungen, ist eine Überführung in den „Zukunftsplan Jugend“ der Landesregierung erfolgt. Dies betrifft beispielsweise die Weiterentwicklung des Förderwesens der Jugendverbände oder den Vorschlag, Kooperation von Schule mit außerschulischen Einrichtungen der Jugendbildung auszubauen.

Bei der nachhaltigen Sicherung unserer vielfältigen Engagements- und Vereinskultur spielt vor allem die Gewinnung von Jugendlichen eine wichtige Rolle. Wenn es den Initiativen und Vereinen nicht gelingt, junge Menschen für die Mitarbeit zu gewinnen, werden sie mittel- bis langfristig nicht fortbestehen können. Wir stehen also vor der Aufgabe, ein Angebot bereitzustellen, das die besonderen Belange und Interessen der Jugendlichen berücksichtigt und für diese attraktiv ist. Nur so kann es uns gelingen, die Engagementlandschaft nachhaltig zu sichern

Einen großen Teil der in der Engagementstrategie vorgeschlagenen Maßnahmen wollen wir in den Sozialräumen, also in den Quartieren, im ländlichen Raum, in der Schule, modellhaft erproben. Denn Bürgerengagement wächst von unten, also da, wo Menschen leben und arbeiten. Deshalb werden wir Mittel und Zeit in die Frage investieren, was vor Ort gebraucht wird, um das Engagement in den Lebensräumen weiter voranzubringen.

Unser Ziel ist es, dass aus der aktuellen Situation vor Ort heraus gemeinsam mit den jeweiligen Partnerinnen und Partnern und Akteuren passende Handlungsempfehlungen erprobt werden.

Um hier Entwicklungsprozesse zu unterstützen haben wir im Rahmen der Engagementstrategie das Förderprogramm „Gemeinsam sind wir bunt“ aufgelegt. Dieses Programm lädt dazu ein, kreativ zu sein; die Voraussetzungen sind deshalb bewusst sehr offen gestaltet und lassen Raum für Ihre Ideen und die jeweilige Situation vor Ort.

Das Programm in 3 Phasen aufgeteilt. Die 1. Phase, die sog. Informationsphase, läuft bereits. Die Kommunen, Verbände, Vereine und Initiativen sind jetzt aufgerufen, ihr eigenes Lebensumfeld zu erkunden und zu schauen, ob sich dort Entwicklungsmöglichkeiten und -potentiale für Bürgerschaftliches Engagement ergeben. Neu und besonders an „Gemeinsam sind wir bunt“ ist, dass das Programm nicht zielgruppenorientiert ausgerichtet ist, sondern den Sozialraum im Blick

hat. Wir wollen dort ansetzen, wo sich die Menschen begegnen, in ihren Lebensräumen. In der Nachbarschaft, im Quartier, in der Gemeinde, in der Schule. Dort sollen die Menschen zusammenfinden.

Wenn Sie sich nun in dieser Informationsphase auf den Weg begeben, Mitstreiter für ein Projekt in Ihrem Sozialraum zu gewinnen, sollten Sie darauf achten, dass Sie möglichst viele, idealerweise natürlich alle Akteure in diesem Sozialraum gewinnen. Es kommt in dieser Phase darauf an, das eigene Umfeld zu sondieren, Partner und Akteure zu befragen und nach Entwicklungsmöglichkeiten zu schauen. Die Fachberatungen der kommunalen Netzwerke Bürgerschaftliches Engagement unterstützen gerne.

Falls Sie sich dafür entscheiden, gemeinsam mit anderen Akteuren Ihren Sozialraum zu aktivieren und einen Antrag zu stellen, wird eine unabhängige Jury über die eingegangenen Anträge befinden und bis zu 25 Anträge für Phase II zulassen. Ab dieser Phase II erhalten Sie finanzielle Unterstützung. In Phase II geht es darum, dass Sie gemeinsam mit weiteren Akteuren Ihren Lebens- und Begegnungsraum erkunden. Welche Akteure begegnen sich überhaupt in diesem Lebens- und Begegnungsraum? Wer ist hier bereits engagiert, wer nicht? Welche Faktoren, die für das Engagement verschiedener Gruppen förderlich oder hemmend sind, lassen sich ausmachen? Welche Ideen gibt es, das Engagement möglichst vieler verschiedener Menschen zu stärken? Wer ist interessiert und bereit, an der Umsetzung dieser Ideen mitzuwirken? All diese Fragen sollen in einem breiten Beteiligungsprozess vor Ort diskutiert werden. Zum Ende der Phase II, d.h. Ende 2015, können Sie sich dann entscheiden, ob Sie einen Folgeantrag für Phase III stellen wollen, oder ob Sie aufhören, weil der Beteiligungsprozess eben zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Wenn Sie sich entscheiden, weiterzumachen, geht es in Phase III nun ganz konkret um die Umsetzung von einzelnen Maßnahmen der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“. In der Engagementstrategie sind Maßnahmen aufgeführt, die in den Sozialräumen modellhaft erprobt werden sollen. Dabei könnte mit Blick auf die Jugend z. B. die Empfehlung umgesetzt werden, interaktive Medien einzusetzen, um auch die Zielgruppe der jungen Menschen zu erreichen. Jugendliche könnten sich auch als Pate, Begleiter oder Lotse für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen oder freiwilliger Inklusionsbegleiter engagieren oder vieles andere. Oder Ebene „Sprache“: Hier geht es um Projekte, die zum Ziel haben, das Unverständnis für die Ausdrucksformen jugendlichen Engagements abzubauen und Toleranz zu üben; dies wird auch im Umgang mit Menschen anderer kultureller Herkunft relevant. Ihr Projekt kann sich aber auch mit der Ebene „Haltung“ befassen: also z.B. der Anerkennung und Wertschätzung der Ressourcen von Menschen mit internationalen Wurzeln, kurz: der Anerkennungskultur vor Ort. Zahlreiche weitere Empfehlungen, die sie erproben können, finden sie in der Broschüre.

Wenn Sie sich für einen Folgeantrag für Phase III entscheiden, sollten Sie berücksichtigen, dass dieser mindestens 3 Handlungsempfehlungen der Engagementstrategie zur Umsetzung vorsieht. Die Umsetzungsphase dauert von Januar 2016 bis Februar 2017 an, auch dieser Rahmen ist also

sehr großzügig angelegt. Alle Projekte werden über beide Phasen hinweg fachlich und wissenschaftlich betreut und begleitet.

Dank der finanziellen Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung haben wir die Möglichkeit, bis zu 30.000 € pro Projekt zu bewilligen. Damit auch kleinere Kommunen, die nicht zwingend über eine Fachkraft für Bürgerschaftliches Engagement verfügen, zum Zug kommen, werden auch Personalkosten bis zu einem Betrag von 15.000 € übernommen. Die maximale Fördersumme von 30.000 € verteilt sich auf die Phasen II und III, wobei der Schwerpunkt der finanziellen Förderung für uns grundsätzlich auf der Phase III, der Umsetzungsphase liegt.

Antragsteller können sein: Kommunen und Landkreise, Verbände, Vereine und Einrichtungen gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke, Kirchengemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemeinnützige eingetragene Vereine, die bereit sind, die Trägerschaft im Rahmen des Programms „Gemeinsam sind wir bunt“ zu übernehmen und dafür eine koordinierende Stelle unterhalten. Die Kommune muss nicht zwingend Antragsteller sein, aber sie muss den Antrag unterstützen.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, Ihr Interesse zu wecken. Wir würden uns sehr freuen, wenn sie mitmachen. Ich sehe nun mit Spannung diesem Tag entgegen und freue mich auf viele Diskussionen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!